

Forum

Windpark And – eigener Strom für Balzner Haushalte

Herr Vogt hat einige falsche Behauptungen zum Windpark And aufgestellt. Der Reihe nach: der Windpark And wird auf Boden der Bürgergenossenschaft Balzers stehen. Der Windstrom fliesst direkt ins Balzner Stromnetz und folgt dem Weg des geringsten Widerstands zum nächsten Verbraucher. Balzers bietet sich somit die einmalige Chance, weitgehend unabhängig von Atom- und ande-

rem Dreckstrom zu werden. Der notwendige Abstand zu Wohnhäusern ergibt sich aus den Grenzwerten der Lärmschutzverordnung und den Vorgaben für den Schattenschwurf. Die Planungsgruppe sichert zu, dass diese Immissionen für Balzers weit unterhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte liegen werden. Solche freiwilligen Verbesserungen sind dank den hervorragenden Windverhält-

nissen auf And wirtschaftlich vertretbar.

Herr Vogt verlangt Beweise dafür, dass Windkraftanlagen gesundheitlich unbedenklich sind. Der gestrige Leserbrief zum Infraschall von Herrn Gsthöl deckt sich mit unseren Recherchen: Infraschall ist in unserem Alltag überall präsent. Im Innenraum von fahrenden Autos ist der Infraschall um ein Vielfaches stärker als von Windanlagen. Und der alltägliche In-

fraschall von Waschmaschinen, Kühlschränken und Ölheizungen ist vergleichbar mit einer Windanlage in 300 Meter Abstand. Dies zeigen mehrjährige Messungen der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg.

Der Windpark And ist im Schweizer Fördersystem namens KEV angemeldet. Wichtig ist, dass es getrennte Wartelisten und Fördertöpfe für

Wind- und Solaranlagen gibt. Sobald die Baubewilligung vorliegt, wird das Projekt And auf eine Springerliste vorrücken. Da praktisch alle Windprojekte in der Schweiz blockiert sind, bestehen sehr gute Chancen für eine KEV-Vergütung. Alle Einwohner von Balzers können sich am Windpark beteiligen. Laut konservativen Berechnungen der Solargenossenschaft beträgt der jährliche Ertrag mindestens 7 Prozent.

Dies liegt weit über den durchschnittlichen Anlagerenditen am Finanzmarkt.

Die Solargenossenschaft stellt erfreut fest, dass auch Herr Vogt aus der Atomenergie aussteigen will. Deshalb rufen wir alle Balznerinnen und Balzner auf, sich für sauberen, lokal produzierten Strom vom Windpark And zu entscheiden!

Eine Stellungnahme der Solargenossenschaft Liechtenstein

Parteienbühne

Die Ärztekammer pokert – Sie müssen aber nicht mitspielen

Die Ärztekammer spielt sich auf und spricht im Namen aller Ärzte eine Kündigung sämtlicher OKP-Verträge aus. Nicht alle Ärzte wollen aussteigen. Die OKP-Verträge sind einzeln zwischen dem Krankenkassenverband (LKV) und den Ärzten abgeschlossen. Deshalb akzeptiert der LKV keine kollektive Kündigung durch die Ärztekammer. Jeder Arzt soll für sich entscheiden, ob er seinen OKP-Vertrag aufrechterhalten will oder nicht. Frei werdende Stel-

len durch gekündigte OKP-Verträge werden ausgeschrieben und mit neuen Ärzten besetzt, z. B. mit Ärzten, die z. T. schon länger auf einen OKP-Vertrag warten.

Es gibt Ärzte, welche die Volksabstimmung voll und ganz akzeptieren und zusammen mit den Versicherten bestrebt sind, die Gesundheitskosten zu stabilisieren. Diese Ärzte sichern mit ihrem OKP-Vertrag eine korrekte Arbeitsweise nach dem Willen des Vol-

kes zu. Ihr Vertragspartner ist die Krankenkasse, die Krankenkasse ist der Schuldner für ihr Honorar.

Vorsicht aber, wenn sie einen Arzt aufsuchen, der den OKP-Vertrag wegen des revidierten Krankenkassengesetzes gekündigt hat. Diese Ärzte verrechnen vielleicht einen höheren Taif, den die Krankenkasse von Gesetzes wegen nicht akzeptieren darf. Dann haben Sie ein Problem. Die Ärztekammer schrieb am Mittwochabend:

«Schuldner bleibe ausserhalb der OKP aber weiterhin der Patient». Eine klare Aussage. Der Arzt, der den OKP-Vertrag gekündigt hat, kann das Honorar beim Patienten einkassieren.

Die Aussage der Ärztekammer darf nicht abwertend auf rechtschaffene Ärzte übertragen werden, die vielleicht bislang aufgrund der Bedarfsplanung keinen OKP-Vertrag erhalten haben.

Bei Besuch eines Arztes, der den OKP-Vertrag gekündigt hat,

empfiehlt sich gleich bei der Anmeldung in der Arztpraxis sicherheitshalber zu sagen, dass man eine krankenkassenkonforme Rechnung haben möchte. Falls er die Rechnung Ihnen zuschickt, die erhaltene Rechnung gleich anschauen und der Krankenkasse zusenden.

Wenn Sie nicht für freie Arztwahl versichert sind, sollten sie sich erkundigen, ob ein OKP-Arzt frei ist. Mit der Grundversicherung werden Ärzte ohne OKP-Vertrag näm-

lich nur dann bezahlt, wenn kein OKP-Arzt zur Verfügung steht.

Ich wünsche Ihnen schöne und gesegnete Weihnachten. Machen Sie sich keine Sorgen. Wenn notwendig, können Gesetze sehr schnell geändert werden, um das Schlupfloch, das die Ärztekammer gefunden hat, dauerhaft zu schliessen. Dafür gibt es Volksvertreter.

Eine Stellungnahme von Herbert Elkuch, DU-Landtagsabgeordneter

Leserbrief

Sehr geehrter Herr Frick

Ich habe mich den Gedanken in Ihrem gestrigen Leserbrief hingegeben und teile ihre Meinung, dass diese Welt tatsächlich kompliziert, schwierig und manchmal kaum zu verstehen und oft ja gar nicht mehr zum Aushalten ist. In diesem Wissen kann und soll man Nachsicht mit jenen üben, welche dieser Belastung nicht gewachsen sind und manchmal durcheinandergeraten. Ihren Akt der Menschlichkeit, anderen die populistische Brille herunterreissen zu müssen, sollten sie aber vom allmächtigen Schöpfer genauer überprüfen lassen. Ich jedoch habe nicht geprüft und somit auch nicht geschrieben, Sie wären nicht intelligent. Auch das Gegenteil habe ich niemals behauptet.

Jo Schädler
Eschnerstrasse 64, Benden

Weichenstellungen für unsere Generation

Der Leserbrief von Frau Winkler in den gestrigen Ausgaben der Landeszeitungen hat uns bewogen, in den folgenden Zeilen unsere Sicht darzulegen. Dabei geht es uns nicht so sehr um die Sicht der jungen FBP als Teil der Partei, sondern vielmehr um diejenige Sichtweise unserer Generation.

In den vergangenen vier Jahren hat die FBP-geführte Regierung ganz wesentliche Akzente für eine nachhaltige Entwicklung im Bereich der Sozialversicherungen gesetzt. Allen voran gebührt Mauro Pedrazzini ein grosser Dank dafür, dass er sich ohne Eigen-, Partei- oder Nebeninteressen für eine nachhaltige Ausgestaltung der AHV und auch der Krankenver-

sicherung eingesetzt hat. Wir alle, also egal ob jung oder alt, sehen uns mit stetig steigenden Krankenkassenprämien konfrontiert. Es war und ist unserer Ansicht nach richtig und wichtig, dass hier endlich die notwendigen Weichen gestellt wurden. Sowohl Landtag als auch die Bevölkerung haben diesen Anpassungen zugestimmt und so den Grundstein für mehr Eigenverantwortung und für eine langsamere Kosten- bzw. Prämienentwicklung in Zukunft gelegt. Das ist vor allem für unsere Generation wichtig, denn wir wollen auch in 40 oder 50 Jahren noch in der Lage sein, unsere Prämien zu bezahlen und auf ein hervorragendes Gesundheitswesen zugreifen zu dürfen. Dazu müssen alle ihren Beitrag leisten. Die Prämienzahler und Patienten haben ihren Beitrag durch das Akzeptieren von höheren Selbsthalten und Franchisen geleistet. Viele Leistungserbringer haben bereits einen Beitrag geleistet. Nun fehlt nur noch das Zugeständnis der Ärztekammer bzw. der einzelnen Ärzte. Wir beobachten die Entwicklung in der Diskussion weiterhin und sind gespannt, welche der Ärzte sich bereiterklären, das vom Volk beschlossene Gesetz zu akzeptieren und welche weiterhin nur ihre eigenen Pfründe schützen wollen.

Junge FBP

Wer zahlt, befiehlt

Das «Vaterland» und die VU werden nicht müde zu betonen, dass die VU konkrete Ansätze für die Zukunft Liechtensteins erarbeitet und im Wahlprogramm zusammengefasst hat. Ich persönlich habe beim Durchlesen kaum konkrete Ansätze gefunden. Das meiste sind Phrasen, welche alles oder auch nichts bedeuten können.

Genau das hat FBP-Präsident Thomas Banzer im TV-Duell mit dem VU-Präsidenten aufgedeckt. Die Berichterstattung im «Vaterland» zeigt jedoch keineswegs ein realistisches Bild dieser TV-Debatte. Das kann man der im Besitz der VU befindlichen Zeitung auch nicht krummnehmen: Wer zahlt, befiehlt nun mal.

Besonders amüsant ist dabei aber, dass der Text ausgerechnet vom Chefredakteur der ganz offensichtlich nur scheinbar unabhängigen «Liewo» verfasst wurde. Das entlarvt neben der dem Wahlkampf unterworfenen Berichterstattung des «Vaterlands» auch deutlich, wer bei der «Liewo» das Sagen hat. Seit Michael Winkler deren Chefredakteur ist, haben die politisch rot eingefärbten Editorials Einzug gehalten und die Unabhängigkeit verflüchtigt sich zunehmend. Die Arbeit der Verkehrsministerin oder des Innenministers wird ernsthaft hoch gelobt. Und dies obwohl mir persönlich keine wirklich greifbaren Beispiele für diese Beweihräucherung in den Sinn kommen. Im Gegenzug dazu versucht er die vorzeigbare und unwiderlegbare Arbeit der FBP-Regierungsmitglieder kleinzureden. Aber auch dieses Verhalten kann man ihm nicht wirklich krummnehmen, denn auch Michael Winkler weiss, woher sein Zahltag letztlich kommt. Und einmal mehr gilt: Wer zahlt, befiehlt.

Johannes Allgäuer
Castellstrasse 28, Nendeln

Gesundheitswesen

Das Rundschreiben der Ärztekammer vom 15. Dezember 2016 – ohne Unterschrift – ist mir sauer aufgestossen und hat mich bewegt, die nachstehenden Zeilen zu Papier zu bringen:

Unter der derzeitigen Ärztekammer-Präsidentin versucht diese Organisation wiederholt die Tatsachen zu verdrehen. An Gesprächen mit und auf Einladung von Gesundheitsminister Dr. Mauro Pedrazzini hat sie anscheinend seit längerer Zeit nicht teilgenommen. Nach dem Beschluss des Landtages, den Tarmed einzuführen, wird nun das Volk missbraucht, um Stimmung zu machen und die Angst zu schüren, dass im neuen Jahr das Gesundheitswesen bezüglich der Abrechnungen nicht mehr funktionieren wird.

Ich finde es sehr schade, dass es offenbar vielen Ärzten nur um den eigenen Geldbeutel geht. Ein kleiner Vergleich mit unserem direkten Nachbarn St. Gallen zeichnet ein deutliches Bild:

- Bei den Kosten liegt das FL aus diversen Gründen höher
- Bei den Steuern hat der Kanton SG das Nachsehen. Die sogenannten Ärzte-AGs erlauben ganz beachtliche Steueroptimierungen und Optimierungen bei der Abgabe von Sozialversicherungsbeiträgen.

- Bei den Medikamenten sichern sich diverse Ärzte mit ihren eigenen Hausapotheken ein beachtliches Zusatzeinkommen. Gesamthaft gesehen ist die Einkommenssituation der in Liechtenstein tätigen Ärzte sicher vorteilhafter als in anderen Ländern.

Letztlich stelle ich mir die Frage, wie viele Ärzte nicht hinter dem Vorgehen ihres Präsidiums stehen können. Ich ermuntere alle diese vernünftigen Ärzte dazu, nicht länger zu schweigen und an die Öffentlichkeit zu treten. So kann sich jeder Einwohner selbst entscheiden, ob er bei seinem Arzt bleiben will oder vielleicht zu einem neuen Arzt wechseln möchte, der den Volksentscheid und das Gesetz respektiert. Unter den gegebenen Umständen kann ich nicht erken-

nen, dass es das oberste Gebot oder Ziel der Ärztekammer ist, für das stete Wohl des Volkes und der kranken Menschen besorgt zu sein. Da scheint mir, dass ein gesichertes Einkommen auf stets hohem und höchstem Niveau wohl im Vordergrund steht. Somit wird jungen, nachkommenden Ärzten im FL, die eine Zukunft mit humaneren Abrechnungstarifen sehen würden, diese verhindert und verwehrt.

Letztendlich hoffe ich, dass das von Landtag und Bevölkerung beschlossene Gesetz durchgezogen wird und dass Volk und deren Vertreter im Landtag letztendlich aufgrund des Ärztekammer-Rundschreibens nicht wieder einknicken.

Somit wünsche ich allen Lesern eine gesegnete Weihnacht und frohe Festtage.

Lorenz Frick
Krest 34, Gamprin

Vertrauen in die Ärzteschaft

Eigentlich nervt mich die Diskussion der letzten Wochen betreffend OKP/Ärzterschaft/Krankenkassenverband. Persönlich finde ich es schon eigenartig, dass wir in unserem kleinen Ländle drei Krankenkassen haben müssen und darüber hinaus noch übergeordnet einen «Krankenkassenverband».

Hier könnte man schon auf die Idee kommen, das Zitat zu verwenden: «Amtsschimmel wiehert».

Als Rechtsanwalt bin ich immer wieder mit Streitigkeiten im Zusammenhang mit Krankenkassen beschäftigt und geht es in einem aktuellen Anlassfall um die Frage: «Warum ein Versicherungsnehmer einer liechtensteinischen Krankenkasse zu einem Vertrauensarzt nach Zug reisen muss, obwohl es nach-

weislich in Liechtenstein auf dem entsprechenden Fachgebiet 8 Fachärzte gibt.»

Ich zitiere hierzu wörtlich aus dem Protokoll den Mitarbeiter der liechtensteinischen Krankenkasse: «Die ... hat bereits einen vertrauensärztlichen Dienst, der unabhängig ist, aufgebaut. In Bezug auf die FL-Ärzte wird deren Neutralität bezweifelt. Dies nicht von den Versicherungen, sondern vor allem von den anderen inländischen Ärzten. Es wurde ein Versuch mit einem Vertrauensarzt im Spital Grabs gestartet. Ist dieser Versuch bei den inländischen Ärzten auf Ablehnung gestossen. Dies eben wegen der bezweifelten Neutralität und bestehenden Abhängigkeitsverhältnissen.»

Allein schon aus diesem einzelnen Verfahren und aus diesem einen Satz erkennt man, wie unterschiedlich die Meinungen auch innerhalb der Ärzteschaft sind und ist nicht ganz zu verstehen, warum derzeit die umstrittene Führung der Ärzteschaft dermassen selbstbewusst auftritt. Ob dies im Land Liechtenstein von den Patienten wirklich goutiert wird, wage ich persönlich zu bezweifeln.

Wenn dann noch in der Diskussion unser Regierungschef unrichtig zitiert wird und man nicht einmal «Manns genug» ist, sich zu entschuldigen, wirft dies ein bezeichnendes Licht auf die Qualität der Diskussion.

Dr. Reinhard Pitschmann
Rechtsanwalt, Mauren

Leserservice

Bitte fassen Sie sich kurz, damit möglichst viele Briefe Platz haben. Ihr Brief sollte höchstens 2500 Zeichen umfassen. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder nicht zu publizieren.